Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien

Antrag Nr. 4

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Langzeitbeschäftigungslosigkeit aktiv bekämpfen - für Vollbeschäftigung und ein Recht auf gute Arbeit

Lohnarbeit hat einen zentralen Stellenwert in unserer Gesellschaft: Erwerbsarbeit ist nicht nur die Grundlage für Wohlstand, sie spielt auch eine entscheidende Rolle für die soziale Integration und hat nicht zuletzt einen wesentlichen Einfluss auf das individuelle Wohlbefinden. In den letzten Dekaden hat sich Arbeitslosigkeit jedoch zunehmend verfestigt. Diese Entwicklung hat zuletzt an Dramatik gewonnen. Der Anteil der Menschen, die Arbeit suchen und länger als ein Jahr keine Arbeit finden, beträgt momentan etwa ein Drittel der Arbeitslosen. Der Anteil steigt aber seit einigen Monaten deutlich an: Lag er zu Jahresbeginn bei 27 %, so liegt er aktuell bei fast 34 %. Im August 2026 waren rund 105.000 Menschen von Langzeitbeschäftigungslosigkeit betroffen. Aktuelle Konjunkturprognosen lassen keine Entspannung der Situation erwarten, daher braucht es jetzt einerseits ein Bündel an arbeitsmarktpolitischen Akutmaßnahmen und andererseits auch einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik.

Das Recht auf gute Arbeit ist ein Teil der sozialen Rechte, die das Fundament einer solidarischen Gesellschaft bilden. Die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil davon. Indem die notwendigen Arbeitsplätze geschaffen werden, kann sowohl den von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen geholfen als auch das Angebot an Dienstleistungen und Produkten erweitert werden, von dem alle profitieren. Es geht daher nicht allein darum, Menschen wieder in bestehende Arbeitsplätze zu vermitteln, sondern auch darum, gesellschaftlich notwendige Arbeit zu ermöglichen und entsprechende Beschäftigung zu schaffen.

Klassische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die sich auf die Beseitigung von (vermeintlichen) Vermittlungshemmnissen fokussieren, vermögen nur wenig gegen verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit auszurichten. Denn selbst wenn individuelle Vermittlungshemmnisse abgebaut werden, bleibt die Frage bestehen, ob überhaupt ausreichend geeignete und gute Arbeitsplätze vorhanden sind. Um Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zu beseitigen, braucht es daher langfristig ausfinanzierte und abgesicherte arbeitsmarktpolitische Maßnahmenbündel, kombiniert mit einem ausreichenden Arbeitsplatzangebot.

Um sicherzustellen, dass es genügend Arbeitsplätze für alle Arbeitssuchenden gibt, müssen beschäftigungspolitische Maßnahmen ausgeweitet werden, um die Bemühungen der Arbeitsmarktpolitik zu flankieren. Solche Beschäftigungsmaßnahmen müssen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, Arbeit umverteilen und Arbeitszeit verkürzen. Dadurch kann nicht nur das vorhandene Arbeitsvolumen gerechter verteilt, sondern auch gesellschaftlich notwendige Arbeit über Beschäftigungsverhältnisse geleistet werden.

Um Langzeitarbeitslosigkeit zu beenden, braucht es darüber hinaus eine vorausschauende und aktive Wirtschafts- und Industriepolitik. Eine solche Politik muss frühzeitig erkennen, in welchen Bereichen Arbeitsplätze entstehen oder verloren gehen, und darauf hinwirken, dass wirtschaftlicher Strukturwandel nicht zu dauerhafter Arbeitslosigkeit führt. Arbeitsmarktpolitik allein kann diese Aufgabe nicht erfüllen. Sie muss durch eine Wirtschafts- und Industriepolitik ergänzt werden, die Beschäftigung sichert, neue Arbeitsplätze

schaffen und die notwendigen Voraussetzungen für gute Arbeit bieten. Wirtschafts-, Industrie-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik müssen daher stärker aufeinander abgestimmt werden und gemeinsam das Ziel verfolgen, Vollbeschäftigung zu schaffen und gute Arbeit zu gewährleisten.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- Soziale Kriterien bei Förderungen, Subventionen und öffentlicher Auftragsvergabe stärken: Öffentliche Förderungen, Subventionen und die Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen sollen stärker an soziale und beschäftigungspolitische Bedingungen geknüpft werden, beispielsweise an die Beschäftigung von Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind.
- Aktion 55+ dauerhaft absichern und schrittweise auf alle Langzeitarbeitslosen ausweiten: Als konkreten ersten Schritt soll die Aktion 55+ finanziell ohne Ablaufdatum abgesichert und inhaltlich in Richtung einer Beschäftigungsgarantie weiterentwickelt werden. Auf Grundlage der Erfahrungen mit der Aktion 55+ sollen entsprechende Angebote schrittweise auf alle von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen ausgeweitet werden.
- Individuelle Betreuungsprogramme zur Unterstützung von langzeitbeschäftigungslosen Personen ausbauen: Individuelle und längerfristige Betreuungs- und Unterstützungsangebote, wie beispielsweise das Wiener Projekt „Schritt für Schritt“, in dem umfassend und mit einer hohen Betreuungsintensität und -kontinuität gute Ergebnisse in der Arbeitsmarktintegration erreicht werden, sollen ausgebaut und finanziell langfristig abgesichert werden.
- Langzeitarbeitslosigkeit frühzeitig verhindern: Durch frühzeitige Beratung und gezielte Unterstützung soll verhindert werden, dass sich Arbeitslosigkeit verfestigt und in Langzeitarbeitslosigkeit übergeht.
- Geringfügige Beschäftigung kann Langzeitbeschäftigungslosen helfen, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. Daher sollen die derzeitigen sehr eingeschränkten Möglichkeiten des Zuverdienstes wieder ausgebaut werden.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒